

Asowsches Meer/ Straße von Kerch/ Gefangennahme

„Zusammenstoß vor der Krim – Russland klagt ukrainische Matrosen an“ -Solche Schlagzeilen wie auf n-tv im Dezember 2018 waren keine Seltenheit, sie häuften sich gerade zu.

Nach der Annexion der ukrainischen Schwarzmeeralbinsel Krim im Jahr 2014, hat die russische Marine ihre Präsenz im Asowschen Meer und in der Straße von Kertsch enorm verstärkt. Bei dem Asowschen Meer handelt es sich um ein Nebenmeer des Toten Meeres. Diese sind durch die Straße von Kertsch verbunden.

Doch was hat es auf sich mich solchen Schlagzeilen?

Ende November 2018 waren drei ukrainische Marineschiffe beim Versuch, aus dem Schwarzen Meer ins Asowsche Meer zu gelangen, von der russischen Küstenwache angehalten und die Soldaten festgenommen worden. Dabei sollen die Marinesoldaten gegen russisches und internationales Recht verstoßen haben und werden in Russland wegen illegalen Grenzübertretens vor Gericht angeklagt. Die Matrosen befinden sich seit der Festnahme in einem Untersuchungsgefängnis in Moskau.

Die Gewässer zwischen den beiden Nachbarländern sind seit dem Jahr 2014 umstritten, da die Ukraine die Seegebiete um die Krim weiterhin als ukrainische Hoheitsgebiete ansieht. Für die Ukraine stellt die Straße von Kertsch eine wirtschaftlich wichtige Verbindung dar.

Die ukrainische Regierung hatte Kiew daraufhin für 30 Tage das Kriegsrecht in großen Teilen des Landes verhängt. Doch nicht nur innerhalb der Ukraine löste das Besorgnis aus, auch hatte dies internationale Folgen.

Im Dezember 2018 begann Russland, Schiffen den Zugang zu ukrainischen Häfen am Asowschen Meer wieder zu gestatten. Die festgenommen Soldaten befinden sich bis heute in Untersuchungshaft. Der Internationale Seegerichtshof in Hamburg hat Russland aufgefordert, der Ukraine die drei festgesetzten Marineschiffe zurückzugeben und die 24 Seeleute umgehend freizulassen. Mit dieser Anordnung gab der Gerichtshof Mitte Mai 2019 einem Antrag der ukrainischen Regierung statt und verhängten vorläufige Maßnahmen und forderten Russland auf die drei Schiffe herausgeben und die 24 Seeleute auf freien Fuß setzen. Außerdem sollen die Männer in die Ukraine zurückkehren dürfen. Anders als von der Regierung in Kiew gefordert sah der Gerichtshof es jedoch nicht als notwendig an, von Russland die Einstellung der Strafverfahren gegen die Marinesoldaten zu verlangen. Die Richter forderten jedoch sowohl Russland als auch die Ukraine auf, Handlungen zu unterlassen, die den Konflikt verschlimmern oder ausweiten könnten. Russland hatte allerdings schon zu Beginn des Verfahrens klar gemacht, dass es die Zuständigkeit des internationalen Tribunals in diesem Fall nicht anerkennt. Deswegen ist es unklar, ob Moskau der Anordnung nachkommt.